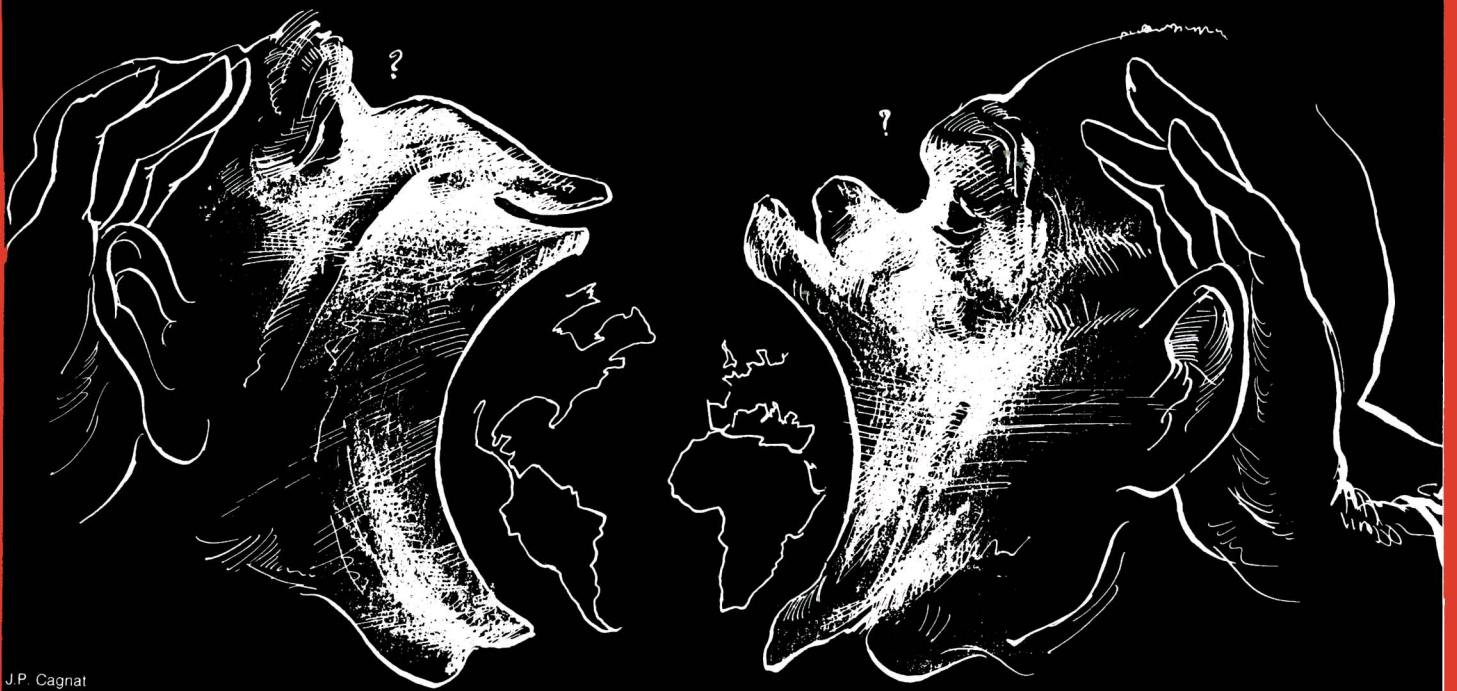


offensiv links

herausgegeben von der bewegung für sozialismus



J.P. Cagnat

Nr.67 / MAI 1982

JAHRGANG 8

öS 20.-/DM 3.-/SFR 3.-

BEITRÄGE ZUR
FRIEDENSDISKUSSION

Zu diesem Heft

Der Österreich-Teil dieser Nummer der "OL" ist mager, obwohl sich auch in Österreich bewegt einiges. Als Beispiele seien die Auseinandersetzungen rund um die Errichtung des Konferenzentrums, die immer vehementer geführte Diskussion um Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung, aber auch die rasante Entwicklung der "alternativen Listen" in Österreich angeführt.

Der Kampf um selbstverwaltete Zentren, die "neue" Jugendbewegung demonstrieren ebenfalls, daß sich bei uns einiges rührt.

Selbst in den Gewerkschaften bleibt nicht alles beim alten und sie werden von dieser Entwicklung nicht verschont. Die Erfolge einiger kritischer Listen bei Betriebsratswahlen, zuletzt bei den Wiener Gemeindebediensteten, zeigen das deutlich. Gründe genug mehr über Österreich zu schreiben.

Dennoch haben wir uns entschlossen, anlässlich der Friedensdemo uns auf einige uns wesentlich erscheinende internationale Probleme zu konzentrieren. Wir hoffen damit für die Diskussion um die Weiterentwicklung der Friedensbewegung in Österreich einen wichtigen Beitrag zu leisten.

Die Redaktion

Inhalt

- 3 Egon Kodicek
- 4 GE-Friedensmarsch
- 5 Hiroshima-Stafette
- 7 Das Verhalten der KPI-Führung
- 10 Rund um Bonn
- 13 Falkland-Inseln
- 15 Türkei
- 17 Nahost
- 19 Verkaufts mei Gwand..
- 22 Der gesunde Menschenverstand

Blattlinie: Diskussions- und Informationsorgan der FÖJ/Bewegung für Sozialismus.

Impressum

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz.

Medieninhaber (Verleger) ist die FÖJ/Bewegung für Sozialismus, Vorsitzender: Kurt Winterstein, Sekretär: Renate Saßmann, Vorstandsmitglieder: L.Brandstetter, H.Margulies, Z.Patka, Chr.Reinprecht, F.Zaun. Sitz des Vereins und der Redaktion: 1040 Wien, Belvederegasse 10. Hersteller: Brücke-Druckerei lolo., Wipplingerstraße 23 Einzelpreis: S 20,- Abonnement: S 80,- (jährlich). o Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien. (Gemeinsames Abonnement OFFENSIV LINKS + AKIN (aktuelle information): S 200,- (jährlich)

Egon Kodicek

* 1913 — † 1982



Es ist schwer von einem Freund Abschied zu nehmen. Das Leben und Wirken Egons zu beschreiben ist fast unmöglich. Was er für die österreichische Arbeiterbewegung und insbesondere für die "Gewerkschaftliche Einheit" bedeutet hat, wird erst in Zukunft wirklich erkannt und erfaßt werden können.

Egon hat aber auch -was viele nicht wissen - für die FÖJ/Bewegung für Sozialismus wesentliche Beiträge geleistet.

Das Einmalige an Egon war seine Bereitschaft nicht nur Ideen, Wissen und Erfahrungen weiterzugeben, sondern ohne Überheblichkeit mit voller Konzentration an Gesprächen teilzunehmen und den Diskussionspartner ernstzunehmen. So sehr er seinen Standpunkt vertrat, so tolerant war er auch Andersdenkenden gegenüber. Er war aber auch - und diese Fähigkeit sieht man bei großen Persönlichkeiten selten - bereit sich unmittelbar an der praktischen Arbeit zu beteiligen und bei der Bewältigung noch so "kleiner" Probleme mitzuwirken.

Die Einheit zwischen Theorie und Praxis war für ihn wesentlich. So erkannte er, daß das menschenverachtende kapitalistische System überwunden werden muß, sollte die Menschheit einer besseren Zukunft entgegengehen. Er war von der Notwendigkeit des Kampfes um den Sozialismus überzeugt. Eines Sozialismus aber, der zwar die ökonomischen und technischen Probleme zu lösen hatte, der jedoch vor allem die Entwicklung eines neuen solidarischen, selbstbewußten Menschen zum Ziele hat.

Seine Überlegenheit hatte der Sozialismus in mehr Mitgestaltung der Menschen bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme zu manifestieren.

Deshalb trafen ihn die Fehlentwicklungen in den Ländern des "realen Sozialismus" so schwer. Deshalb war er ein so vehementer Kämpfer für mehr Demokratie und menschlichen Sozialismus. Diese Erkenntnis veranlaßte ihn auch in der eigenen Bewegung für diese Ziele zu kämpfen. Er war einer der ersten, die für die Einheit Demokratie und Sozialismus in den eigenen Reihen eintraten und somit in Widerspruch zum KP- und Gewerkschaftsapparat gerieten. Er war sensibel für die Jugend- und Studentenbewegung 68, er war bereit aus dem Mai 68 und dem heißen Herbst 69 die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Diese Erfahrungen theoretisch zu verarbeiten und konkret zu realisieren waren für ihn selbstverständlich. Es war daher kein Zufall, daß Egon bei der denkwürdigen Veranstaltung der jungen Kommunisten im Dezember 1968 als Mitglied des Politischen Büros, sich eindeutig gegen die überholten Vorstellungen der KP-Mehrheit wandte, die in den Jugendorganisationen nur Nachwuchs- und Erziehungsorganisationen für die Partei sahen. Egon wies nach, daß die Jugend und die Studenten das Recht haben eigenständig an der Gestaltung der KPÖ-Politik mitzuwirken, er wandte sich scharf gegen die Bevormundung der Jugend durch die Partei, plädierte für ein neues gleichberechtigtes Verhältnis von Partei und Jugendorganisation. Gleichzeitig verurteilte er jeden Versuch durch administrative Maßnahmen die Konflikte zu lösen. Wie ernst er das meinte bewies er uns anläßlich der "Kündigung" der meisten Jugendfunktionäre zu Weihnachten 1970 seitens der KPÖ. Als uns die Partei um alle sozialen Arbeitsrechte (Abfertigung, Kündigungsfrist usw.) bringen wollte, war es Egon, der diesen Anschlag vereitelte. Nicht zuletzt diese konkrete Hilfe, die es uns ermöglichte den Aufbau einer autonomen neuen Bewegung in Angriff zu nehmen, führte dazu, daß Egon nach 1970 zu den Genossen zählte, die seitens der KPÖ verleumdet beschimpft und diffamiert wurden. Und als wir daran gingen, unter schwierigsten Bedingungen die FÖJ weiterzuführen, war es wieder Egon, der uns in stundenlangen Gesprächen half, unsere Grundsätze zu erarbeiten. Was wir versichern können, ist, daß wir uns bemühen werden, in seinem Sinne weiterzuarbeiten.



Stellungnahme der GE zum Friedensmarsch

Die Wahrung des Friedens ist für die Arbeiterschaft der ganzen Welt eine grundlegende Notwendigkeit. Ohne Frieden würde jegliche Voraussetzung für eine Vorwärtsentwicklung der Gesellschaft, für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, fehlen.

Als linke und parteiungebundene Gewerkschaftsfraktion hat die GE seit jeher den Einsatz gegen „kalten“ und „heißen“ Krieg aufs engste mit ihrer allgemeinen Gewerkschaftstätigkeit verbunden.

Stopp dem Rüstungswahnsinn

Nur in einer Welt des Friedens kann es weiteren Fortschritt in den entwickelten Industriestaaten geben, können die Länder der 3. Welt eine Entwicklung nehmen, die sie von Hunger, Not und Armut erlöst. Dazu wären riesige Mittel notwendig, die durchaus vorhanden sind, aber in einem immer unkontrollierbarer werdenden Rüstungswettlauf der Blöcke für militärische Zwecke vergeudet werden: allein 1981 wurden an die 650 Milliarden Dollar in die Entwicklung und Erzeugung neuer, noch schrecklicherer Waffensysteme gesteckt. Es ist längst erwiesen, daß die Rüstungsindustrie keineswegs mehr und besser gesicherte Arbeitsplätze schafft, daß die Umstellung von Rüstung auf die

Produktion ziviler, nützlicher Güter und Dienstleistungen nicht nur möglich, sondern die einzige Zukunftschance für die Menschheit und die Zivilisation ist.

Dies gilt vor allem für das neutrale Österreich, das sich in den vergangenen Jahren zu einem großen Waffenexporteur in Europa entwickelt hat. Das letzte Beispiel Argentinien zeigt deutlich, daß es an der Zeit ist die Rüstungsproduktion auf die Erzeugung sozial nützlicher Güter umzustellen. Die Umstellung der militärischen Verteidigung auf soziale Verteidigung und die Aufwertung des Zivildienstes muß ein wesentlicher Beitrag für eine aktive Friedenspolitik sein.

Friedensarbeit ist für die Gewerkschaft lebenswichtig

Die Gewerkschaftsbewegung hat die Verpflichtung, heute mehr denn je eine Rolle der Vermittlung und Verständigung in der internationalen Arena zum spielen. Wenn sie sich nicht zum Verbündeten der einen oder anderen Seite machen will, muß sie Verletzungen der gewerkschaftlichen Rechte, die ein wichtiger Bestandteil der Menschenrechte sind, ebenso wie die Verletzung des Völkerrechtes überall anprangern und bekämpfen:

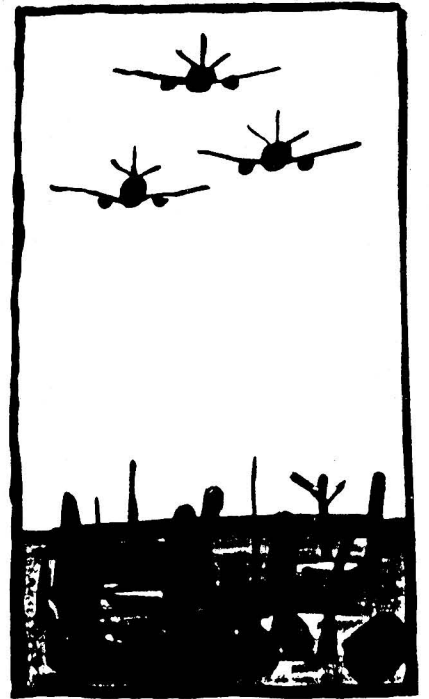
Daher wendet sich die GE gegen den furchbaren Völkermord in Mittel- und Lateinamerika; gegen die von den USA gestützten faschistischen und rassistischen Diktaturen in Asien, Afrika und Europa.

Das gibt der GE auch das Recht die Verletzung der Gewerkschaftsfreiheiten in Polen und die Intervention der UdSSR in Afghanistan entschieden zu verurteilen.

Die GE verlangt die Aufhebung des „NATO-Nachrüstungsbeschlusses“ und den Abbau der SS-20-Raketensysteme.

Wir sind überzeugt, daß die Friedensarbeit, eng verbunden mit der tagtäglichen Gewerkschaftsarbeit, für die arbeitenden Menschen etwas Normales werden muß, so selbstverständlich wie der Kampf zur Verteidigung ihrer sozialen und politischen Rechte. Denn ohne Frieden gibt es für die ganze Menschheit keine Zukunft!

HIROSHIMA-STAFETTE



Nachdem uns die Friedensstafette mit den 2 HIBAKUSHA Dr.HIDA und Fr.KUBO durch ganz Österreich geführt hat, wollen wir jetzt bei der Abschlußveranstaltung Bilanz ziehen. Wir haben in diesen 12 Tagen nicht nur eine große Anzahl von Veranstaltungen gemacht, sondern auch die Möglichkeit gehabt, den Stand der österreichischen Friedensbewegung kennenzulernen.

1.) Die Stafette

=====

Nachdem die Medien schon sehr viel über Hiroshima und die Friedensstafette berichtet haben, haben wir überall Menschen getroffen, die mehr über das Schicksal der 2 Hibakusha wissen wollten. Aber das Interesse Dr.Hida und Frau Kuba persönlich kennenzulernen, geht bald über Neugier hinaus und wird Interesse an der Lage der Welt, an der eigenen existenziellen Situation. Unsere Fahrt hat uns von Mattersburg über St.Pölten, Kapfenberg, Graz, Völkermarkt, Klagenfurt, St.Veit, Linz, Wels, Salzburg, Zell/See, Innsbruck, Bludenz, Feldkirch, Dornbirn, Egg bis Bregenz geführt. Insgesamt haben wir ca.7000 Besucher gezählt, wobei die Veranstalter über den Andrang oft selbst über-

rascht waren. Außerdem sind wir mit sehr vielen Menschen an Informationsständen in verschiedenen Fußgängerzonen ins Gespräch gekommen. Aufgefallen ist uns, daß die interessierten Besucher aus allen Altersschichten kommen. Oft haben uns ältere Menschen, die in ihren Erinnerungen an den (die) Weltkrieg(e) berührt wurden, in unseren Vorstellungen einer atomwaffenfreien Welt heftig zugestimmt und unsere Aktivitäten sehr begrüßt.

Die Veranstaltungen waren je nach Zeit und Ort sehr verschieden. Vormittags haben wir Informationsstände in den Straßen und Schulveranstaltungen gemacht und abends Veranstaltungen in größeren öffentlichen Sälen. Dort haben wir folgendes geboten:

Die Berichte der 2 Hibakusha, den Film "Documents of an atomic bombing" ev.Dias, die Fotoausstellung über Hiroshima und Nagasaki, die Plakatständer mit Collagen gegen den Krieg, die uns die Frauen für den Frieden - Wien zur Verfügung gestellt hatten, und einen Informationsstand mit Plakaten und Literatur.

In fast allen Landeshauptstädten sind die Hibakusha von den Bürgermeistern persönlich empfangen worden und sie haben ihnen Briefe der Bürgermeister

von Hiroshima und Nagasaki und eine japanische Kalligraphie als Geschenk überreicht.

Bei den Pressekonferenzen, die unterwegs gegeben wurden, hat sich gezeigt, daß auch in den Medien im Moment ein großes Interesse am Thema besteht. Die Hiroshima-Stafette war mit ihrem Ziel, möglichst viele Menschen in Österreich über den ersten - und hoffen wir: letzten - Atombombenabwurf der Welt zu informieren, eine sehr erfolgreiche Veranstaltungsreihe. Sicher auch deshalb, weil sich jetzt sehr viele Menschen für den Frieden engagieren wollen und die Friedensbewegung jetzt auch in Österreich zu einer unübersehbaren Kraft heranwächst.

2.) Die österr. Friedensbewegung

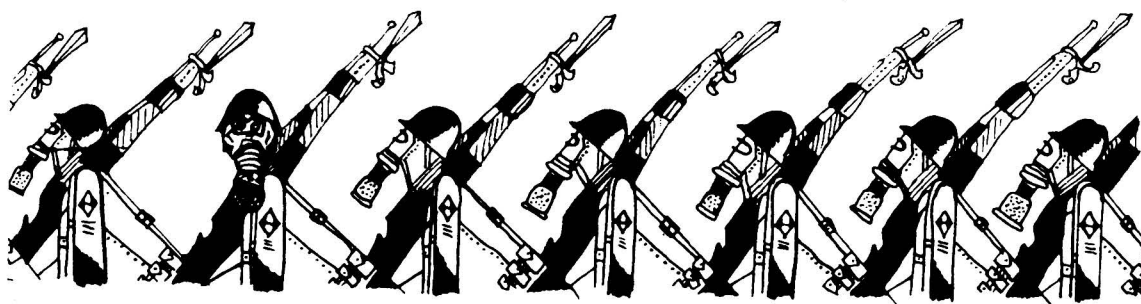
Wir haben gesehen, daß die Friedensbewegung in den verschiedenen Teilen Österreichs sehr unterschiedlich organisiert und vernetzt ist. In manchen Bundesländern gibt es nur wenige aktive Friedensanstifter. In anderen entstehen in jeder größeren Stadt Friedensinitiativen und zum Teil sind auch bundesländerweite Plattformen entstanden (z.B.: Burgenland, Oberösterreich, Vorarlberg).

In manchen Städten war die Friedensstafette selbst der Anlaß zur Gründung eigener überparteilicher Arbeitskreise zur Vorbereitung (z.B. in Klagenfurt), zur stärkeren Aktivierung und Wiedervereinigung bestehender Gruppen oder dafür, daß sich einzelne Personen für die Veranstaltungen organisiert haben. Außerdem haben wir überall die Unterschriftenliste der Vereinigung der Atombombenopfer aufgelegt, sie will bei der 2.UNO-

Abrüstungskonferenz 300 Millionen Unterschriften aus der ganzen Welt vorlegen, und wir haben zum gesamtösterreichischen Friedensmarsch am 15. Mai aufgerufen. Für viele Besucher war das auch der erste Anstoß zum aktiven Friedensengagement.

Der Bericht über den Atombombenabwurf und die Folgen sowie die Information, daß Zivilschutz ein unmöglich aber gewinnträchtiges Unternehmen ist, hat die Besucher immer wieder sehr betroffen gemacht. Wir dürfen uns aber nicht in die apathische Hoffnungslosigkeit fallen lassen. Wir müssen sehen, daß nur noch wir selbst mit unserer ganzen Kraft und unserem ganzen Mut diese Welt vorm Untergang retten können. Und dabei sollten wir uns ein Beispiel an Dr. Hida und Frau Kubo nehmen, die trotz ihres Alters und ihrer Beschwerden diese anstrengende Rundfahrt durch Österreich angetreten haben, um hier mit ihrem eigenen Vorbild zu zeigen, was wir alles erreichen könnten, wenn wir uns wirklich anstrengen und vor allem wenn wir zusammenhalten und uns nicht in Gruppenstreitigkeiten verlieren. Die Vereinigung der Atombombenopfer hat mit ihrem Einsatz den Abwurf von Atombomben in Vietnam und Korea verhindern können - was können wir alles erreichen, wenn die Friedensbewegung, die auf der ganzen Welt schon sehr, sehr stark geworden ist, wirklich zusammenhält.

Wir wollen uns hier noch ganz herzlich bei Dr. Hida und Frau Kubo bedanken, daß sie zu uns nach Österreich gekommen sind und ihnen alles Gute für ihre weitere Arbeit wünschen. Außerdem wollen wir uns bei den vielen Friedensgruppen und einzelnen Friedensanstiftern bedanken, die den Erfolg dieser Friedensstafette ermöglicht haben.



Am 6. und 7. Mai 1982 fand eine Konferenz über das Thema "Eurokommunismus zwischen den Blöcken" in Laxenburg bei Wien statt. Sie wurde vom Österreichischen Institut für Internationale Politik gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Eurokommunismus der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft veranstaltet. Zu den Teilnehmern gehörten Universitätsprofessoren, Politologen, Journalisten und Mitarbeiter von Zeitschriften vorwiegend aus Österreich und der BRD, aber auch Andras Hegedüs aus Budapest und Zdenek Hejzlar aus Stockholm trugen durch ihre Beiträge viel dazu bei, daß praktische Zusammenhänge nicht vollkommen von rein akademischen Fragestellungen und Antworten überdeckt wurden. An die zwanzig schriftlichen Thesenpapiere garantierten für eine gestraffte und stets zur Sache geführten Diskussion. Die Ergebnisse der Konferenz sollen in Buchform einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Wir bringen nachfolgend das Thesenpapier Prof. Wolfgang Berners aus Köln über eine der wohl aktuellsten und interessantesten Themenstellungen der Konferenz.

Zsolt Patka

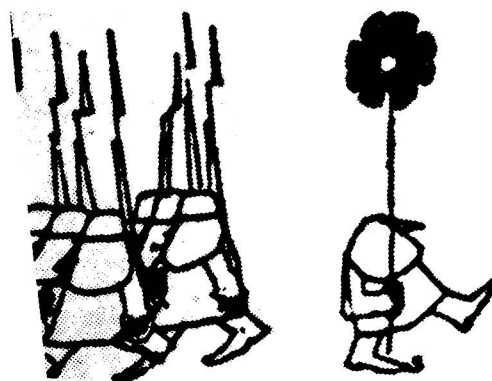
12 Thesen

1. Wie alle außenpolitischen Initiativen und Stellungnahmen der KPI-Führung ist auch ihr Verhalten in internationalen Krisen erfahrungsgemäß primär von der innenpolitischen Interessenlage (vor allem von der jeweils aktuellen Bündnisstrategie der Parteispitze), sekundär von einem Prinzipiensystem bestimmt, das von Zeit zu Zeit vervollständigt und "modernisiert" wird, in dem jedoch das Engagement für die Heraushaltung Italiens aus jedweder Kriegssituation (Frieden als "absolute Notwendigkeit") die oberste Prioritätsstufe einnimmt. In der Nachfolge Togliattis nutzt man Impulse aus dem internationalen Bereich mit beachtlicher Flexibilität zu dem Zweck, aktiven Einfluß auf die inneritalienischen Entwicklungen auszuüben.

2. Die KPI-Führung hat vor allem die Afghanistan- und die Polen-Krise benutzt, um ihre eindeutig massive Kritik an der Sowjetunion ihre innenpolitische Kreditwürdigkeit und damit auch ihre Koalitionsfähigkeit zu steigern.

Wolfgang Berner

DAS VERHALTEN DER KPI-FÜHRUNG
IN INTERNATIONALEN KRISEN
(1978 - 1982)



Sie nahm dabei bewußt z.T. heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen mit beachtlichen Segmenten der Mitgliedergesellschaft in Kauf, die wahrscheinlich auch zu Mitgliederverlusten führten (Gesamtrückgang Okt.78 - Okt.81: 93.000). Die KPI-Führung hat nie aufgehört, auf Regierungsbeteiligung zu drängen, wobei nach ihrem 15. Kongreß (1979) zunächst der PSI als Präferenzpartner galt, während Berlinguer neuerdings wieder verstärkt eine DC-KPI-Partnerschaft (bzw. Kooperation) anvisiert.

3. Eine entscheidende Wende stellte 1974-1975 der Übergang der KPI von der Bekämpfung zur Bejahung der NATO-Mitgliederschaft Italiens dar. Dieser Positionswechsel hing eng mit der Durchsetzung der Bündnisstrategie des "historischen Kompromisses" zusammen, die auf dem 14. Kongreß (1975) zur offiziellen Parteilinie erhoben wurde und wenn nicht kurz- so doch mittelfristig

eine Regierungsbeteiligung der KPI in Partnerschaft mit der DC anstrebte. Obwohl die mit Erfordernissen der Friedenssicherung begründete Neuorientierung die KPI-Führer keineswegs in "Atlantiker" verwandelte - sie beharrten vielmehr auf NATO und USA-kritischen Positionen -, bewirkte sie doch eine rasche Auflösung aller besonderen Solidaritätsbindungen, die früher zwischen KPI und KPdSU/UdSSR bestanden, sich allerdings schon vorher - im Gefolge der CSSR-Krise 1968/69 - erheblich gelockert hatten.

4. Grundsätzlich geht die KPI-Führung davon aus, daß weder die USA noch die UdSSR den (allgemeinen intersystemaren) Krieg wollen (so Berlinguer-Vertrauensmann und ZK-Berichterstatte R. Ledda auf dem Oktober-Plenum 81). Man betont, das System der internationalen Beziehungen sei in eine umfassende Strukturkrise geraten, in der es für die Allgemeinheit überlebenswichtig sei, daß Dritte-Kraft-Elemente (wie z.B. die KPI, die westeuropäische Linke, die EG in ihrer Gesamtheit, die Blockfreien-Bewegung usw.) von autonomen Positionen aus das Krisenverhalten der beiden Supermächte beeinflussen und planmäßig konditionieren.

5. Bis zum 15. Kongreß (März 1979) beschränkte sich die KPI-Führung noch darauf, eine Mitverantwortung der KPdSU/UdSSR für die Entstehung von Krisen im Lager des Sozialismus, d.h. in den Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten zu beklagen. In der Kambodscha-Krise 1978/79 verurteilte sie den Einmarsch der von Moskau offen unterstützten Vietnamesen mit dem Hinweis, das Selbstbestimmungsrecht und die Souveränität Kambodschas dürften (ungeachtet der Pol-Pot-Greuel) unter keinen Umständen verletzt werden. Ebenso verurteilte sie den chinesischen Bestrafungsfeldzug gegen Vietnam Anfang 1979. Berlinguer hatte (neben Peking) vor allem Moskau im Sinn, als er auf dem Kongreß vor "Kettenreaktionen" warnte, die zu einem "Weltenbrand" führen könnten, wenn man in der Absicht, "die Revolution zu exportieren, Straflektionen zu erteilen, mehr oder weniger hypothetischen Bedrohungen zuzukommen", sich Souveränitätsverletzungen und Interventionen zuschul-

den kommen lasse.

6. In der Diskussion, die dem NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979 vorausging, bezog die KPI-Führung anfangs eine unkritisch-prosojetische Position, von der man jedoch bald abrückte, um einen einseitigen sowjetischen Rüstungsstopp bei den eurostrategischen Waffen zu fordern. Beim Parlamentsvotum am 6. Dezember stimmte die KPI-Fraktion allerdings gegen den Regierungsantrag auf Billigung des NATO-Konzepts. Später akzeptierte die KPI-Führung den Doppelbeschuß in der Praxis, hielt aber der Regierung vor, keine Gegenleistungen für die Stationierungserlaubnis herausgeschlagen zu haben. Obwohl die KPI-Spitze der pazifischen Bewegung gegen die NATO-Nachrüstung äußerst wohlwollend gegenübersteht, beschränkt sie sich in der Regel auf eine zurückhaltende, vorzugsweise mit kirchlich-konservativen Organisatoren koordinierte Beteiligung, um die Abrüstungskampagne nicht als kommunistisch oder sogar sowjetisch gesteuert in Verruf zu bringen.

7. Die Afghanistan-Krise und die Polen-Krise nahm die KPI-Führung zum Anlaß, um sich mit sehr deutlichen Stellungnahmen von der sowjetischen Expansions- und Repressionspolitik zu distanzieren. Nach der Machtübernahme des Militärrats in Polen attestierte sie der KPdSU/UdSSR-Führung in offiziellen Parteidokumenten sogar ausdrücklich ein generelles außen- und innenpolitisches System-Versagen. In der Polen-Entschließung vom 30. Dezember 1981 kündigte der KPI-Vorstand in aller Form die Sonderbeziehungen auf, die früher einmal - im Zeichen des "proletarischen Internationalismus" - zwischen KPI und KPdSU/UdSSR bestanden hatten.

8. Schon Ende 1976 war die KPI-Führung dazu übergegangen, diesen "alten Internationalismus", der allen kommunistischen Parteien eine gegenseitige unbedingte Solidaritätspflicht auferlegte, aus der wiederum die KPdSU/UdSSR-Führung einen besonderen Loyalitätsanspruch ableitete, durch das Alternativkonzept eines "neuen Internationalismus" zu ersetzen. Dieser neue Internationalismus kennt keine Verpflichtung mehr zu automatischer Solidarisierung mit der sowjetischen Interessenpolitik, hebt hingegen nachdrücklich die Notwendigkeit konstruktiver Zusammenarbeit mit antikapitalistischen bzw. anti-imperialistischen Fortschrittskräften und emanzipatorischen Reformbewegungen jeglicher Art - zumal in Westeuropa und in der Dritten Welt - hervor.

9. Die Leitlinien eines auf dieser Konzeption basierenden außenpolitischen Programms veröffentlichte die KPI im November 1981 unter dem Titel "Eine Charta für Frieden und Entwicklung". Es plädiert für die Schaffung einer neuen demokratischen Weltordnung und einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung, wobei die KPI als natürliche Bundesgenossen in erster Linie die verschiedenen Abteilungen der westeuropäischen Linken, sodann die Blockfreien-Bewegung und die nationalen und sozialrevolutionären Befreiungsbewegungen der Dritten Welt anspricht. Andererseits erwartet die KPI den stärksten - teils aktiven, teils passiven - Widerstand gegen die Realisierung einer solchen Neuordnungs- und Umverteilungsvision notwendigerweise von den beiden Weltmächten USA und UdSSR.

10. Da die KPI-Führung an Lenins Gleichsetzung des Imperialismus mit dem "höchsten Stadium des Kapitalismus" festhält, richtet sich ihre Imperialismus-Polemik fast ausschließlich gegen die USA, während man es nicht über sich bringt, das Sowjetimperium und den Sowjetim-

perialismus beim Namen zu nennen. Unter Bezugnahme auf den "Klassenstandpunkt" ergreift die KPI in der Mittelamerika-Krise eindeutig für die Guerilla-Linke in El Salvador sowie für Nikaragua und auch Kuba Partei. Schulmäßig-scharfe marxistische Imperialismuskritik übt man auch am Verhalten Washingtons im Zusammenhang mit der Iran- und der Afghanistan-Krise, mit dem Camp-David-Abkommen und der amerikanischen Israel-Politik, mit der amerikanischen Südafrika- und Polen-Politik.

11. Immerhin wirft die KPI-Führung der Sowjetunion vor, sie habe sich zunehmend für eine "Politik der Konsolidierung und Ausweitung des eigenen militärisch-politischen Blocks entschieden" und diese "Machtpolitik" als "bevorzugtes und sicherstes Instrument ihrer internationalen Initiative" eingesetzt, was die Krise der Entspannungspolitik intensiviert habe.

12. Konvergenzen und Parallelen der Nahost- und PLO-Politik von KPI und KPdSU sind eher zufälliger Natur. Die meisten anderen Parteien Italiens haben ähnliche Positionen bezogen.



die
alternative
monatszeitschrift der gewerkschaftlichen einheit

RUND UM BONN - RUND UM BAHRO

Zur Situation in der deutschen Friedensbewegung

Die Vorbereitungen für die groß angelegte Demonstration anlässlich des Nato-Gipfeltreffens in Bonn, laufen auf Hochtouren. Nach den letzten Vorbereitungsplenar hat sich Zuversicht breit gemacht, denn die Liste derer, die, mit oder ohne "Präambeln" den Demonstrationsaufruf unterschrieben haben, ist lang: Jungdemokraten und Jungsozialisten, DKP-ler, katholische und evangelische Gruppierungen, autonome Friedensinitiativen und letztlich auch die Grünen sind dabei. Die Demonstration in Bonn wird nicht die einzige an diesem Tag sein. Abends werden 100.000 Menschen in den Berliner Straßen gegen den Kurzbesuch Reagans demonstrieren.

Vor einem knappen Monat noch sah es ganz anders aus. Da drohte die oftmals beschworene Einheit der Friedensbewegung auseinanderzubrechen. Auf der entscheidenden Sitzung des Koordinationsausschusses, an der über 350 Gruppen und Initiativen teilgenommen haben um die Plattform zu beschließen, verweigerten die Grünen die Unterschrift. Rudolf Bahro argumentierte dies mit der Feststellung, die Plattform sei "das typische Produkt jener Küngeleien, bei denen das organisatorisch stets überrepräsentierte DKP-Umfeld, immer den geliebten Konsens auf den lauwarmen, kleinsten gemeinsamen Nenner erpreßt". So steht im Entwurf etwa: "Keine neuen Atomraketen". Diesem "Schwachsinn" folgt eine Legende an Plattformen, ein Passus zu Polen und Afghanistan, so formuliert, daß die DKP es sich leisten konnte zu unterschreiben, aber keinerlei Solidaritätsbekundung mit der DDR-Friedensbewegung des "Berliner Appells", der "Schwerter zu Pflugscharen", kein Hinweis auf die Verflechtungen mit der "zivilen" Nutzung der Atomkraft, auf die Notwendigkeit gewaltlosen Widerstands, und keine eindeutige, klare, kritische Stellungnahme zu Polen und Afghanistan

Diese Auseinandersetzung schlug Wellen. Wie ich lesen konnte, hatte sie auch in der "AZ" eine Diskussion zur Folge. Hier in der Bundesrepublik jedenfalls sprach man ganz offen von einem Spaltungsversuch der Grünen, die aus wahltaktischen Überlegungen sich zu einer solchen Politik entschlossen hätten.

Doch für die Aufregung schließlich waren nun nicht Rudolf Bahros und der Grünen kritische und ablehnende Äußerungen zur Plattform maßgebend, sondern jene Aussagen, deren Schärfe, so meine ich, auch im "AZ"-Diskussionsbeitrag von Zsolt Patka nicht realisiert worden sind. Zsolt Patka schreibt: "Es geht nicht um - Ausgrenzung - irgendeiner Gruppierung.... es geht um inhaltliche Abgrenzung". In Wahrheit aber sprach Bahro zwar davon, daß man niemand daran hindern könne, an einer Friedensdemonstration teilzunehmen, rief aber zu einer "vollständigen organisatorischen Trennung an jedem Ort, an jeder Stelle" auf und unterlegte dies mit einem Kommentar, der weder in der "AZ" noch im "Spiegel" abgedruckt war: "Die DKP ist die Agentur des anderen Blocks in unserer Bewegung, ein Fremdkörper, ein Fossil aus der Zeit des kalten Krieges.....".

Wie immer man inhaltlich dazu stehen mag, die Art und Weise dieser "Abgrenzung" brüskierte viele Mitglieder der Friedensbewegung und verstanden diese sehr richtig, was Bahro denn wirklich gemeint hatte: Es geht um die "Ausgrenzung" der DKP und ihrer Organisationen. Seitdem wird Bahro ausgepiffen, wie etwa bei der Münchner Demonstration zum SPD-Parteitag. Ähnlich wie in Österreich, stand die DKP hier in der BRD zu Beginn - auch noch am 10. 10. 81 in Bonn - im Eck. Ohne Anhängerschaft und einer nennenswerten Verankerung in einer sozialen Gruppe ist die DKP mitsamt ihren Unterorganisationen heute eine unbedeutende politische Gruppierung, die aufgrund ihres bürokratischen Wasserkopfes, der sie schwerfällig macht, organisatorisch ausgezeichnet funktioniert.

Als moskautreue Partei, ja als Schwesterpartei der SED, hat sie einen historischen Auftrag: für den Frieden zu kämpfen, Seite an Seite mit der Mutter Sowjetunion, die, je stärker sie ist, umso mehr der Garant für den Frieden ist. Das wissen wir und was wundert es also, wenn die DKP massiv daran Interesse zeigt, ihrem Auftrag gerecht zu werden, in der Friedensbewegung mitzumischen, was ihr auch - teilweise - gelingt. So etwa waren die Ostermärsche 82, an

denen eine halbe Million Menschen trotz Schnee, Hagel und eisigem Wind teilnahmen, mit all der Buntheit, dominiert von den roten Fahnen der SDAJ und Barden a la Franz Josef Degenhardt. Und anlässlich des Nato-Gipfel in Bonn war es ein leichtes, viele Organisationen davon zu überzeugen, daß es hier stärker gegen die NATO, gegen den Nachrüstungsbeschluß, gegen Reagan, als gegen neue Raketen gehen muß. Daß ein in diese Richtung zielender Demonstrationsaufruf eine Mehrheit bekommt liegt, so meine ich, weniger an der politischen Dummheit, als an der spezifischen Situation Deutschlands und somit auch der deutschen Friedensbewegung. In diesem Land wird auffallend viel über Krieg geredet, haben Menschen Angst vor einem neuen Krieg, man sitzt ja auch schließlich auf einem Pulverfaß. Hier, mitten in Deutschland, in diesem "Niemandland zwischen Ost und West", ist der Atomkrieg denkbar geworden, in militärischen Operationsplänen schon durchgespielt worden. Der "Krefelder Appell" ist die Antwort von mittlerweile 2,5 Millionen Bundesdeutschen gegen den berüchtigten NATO-Nachrüstungsbeschluß. Jenem Doppelbeschluß, der erst Raketen in der BRD vorsieht und dann verhandeln will. Der "Krefelder Appell" ist somit eine konkrete Antwort auf eine konkrete, unmittelbar drohende Gefahr.

Dieser Appell vor anderthalb Jahren an die Öffentlichkeit getragen, zeigt den Beginn an für die Neue Friedensbewegung, die längst weiß, daß mit dem Ruf "es ist genug - keine neuen Raketen", das Wettrüsten nicht beendet werden kann, die Möglichkeit eines atomaren Holocausts nicht schwindet.

Eine Friedensbewegung, will sie nicht dem Interesse des einen oder anderen Blocks, der einen oder anderen Großmacht dienen, muß sich deren Logik entziehen, im eigenen Denken und Handeln. Dies muß sich manifestieren in Aufrufen und Plattformen, in der Perspektive die blocküberwindend ist, und auf ein atomwaffenfreies Europa abzielt. Eine Friedensbewegung, will sie nicht nur keine neuen Raketen, sondern den Abbau aller atomaren Waffensysteme überhaupt und überall, dem Wettrüsten ein Ende setzen, die Rüstungsproduktion stoppen, so

muß sie wohl beginnen, die Spielregeln des Wettrüstens der Rüstungsproduktion, des Militarismus umzustoßen, zu durchkreuzen.

Eine Friedensbewegung, will sie nicht im Kleinkram rivalisierender Organisationen ersticken, muß sich als Zusammenschluß betroffener Menschen begreifen, die in ihrer Betroffenheit auch über die Grenzen - gerade der Blockgrenzen - hinweg solidarisch sind. Erst diese Voraussetzung können einer Friedensbewegung, die stets eine Emanzipationsbewegung sein wird, ihre Dynamik, ihren Zündstoff verleihen.

Es ist keine Frage, daß da nicht alle mitkönnen. Und die die nicht mitkönnen wohl deshalb, weil es ihr historisch-politischer Auftrag verbietet, nicht aber weil sie "ausgegrenzt" worden sind.

Es ist unerlässlich, konsequent auf die Gefahr der Einseitigkeit, der Einäugigkeit hinzuweisen. Je stärker, je besser die Argumente für eine unabhängige autonome Friedensbewegung sind, je mehr Bewußtsein dafür vorhanden, umso leichter wird es sein zweierlei zu erreichen: Einerseits dem unangenehmen organisatorischen Übergewicht der DKP und ihres Umfeldes zu entrinnen und andererseits DKP-Genossinnen und Genossen den Weg in die autonome Friedensbewegung zu öffnen. (Beispiele von DKP-lern, die zu den Grün-Alternativen wechseln, sind hier in Hamburg keine Seltenheit.)

Nur bei fehlenden Argumenten, bei mangelhaftem Bewußtsein wird es notwendig, als Ersatz körperliche Gewalt anzuwenden - wie es in Wien schon passiert ist - oder umgekehrt, nach "Ausgrenzung" und "Abgrenzung" zu schreien.

Denn beim Ruf nach "Ausgrenzung" - applaudieren da nicht die falschen Leute, jene die in Bonn am 10. 10. 81 von einer Volksfront sprachen, jener Kohl, Dregger, Strauss, bläst man da nicht ins gleiche Horn, wie es etwa die bundesdeutsche Innenpolitik und Polizei seit gut 30 Jahren tut, wenn sie Kommunisten als "den großen Staatsfeind" aufbläst, aus einem Zwerg einen Riesen macht?

Ich weiß, vielleicht sollte man nicht Angst vor dem Applaus von der falschen Seite haben, aber, abgesehen davon, daß dieser unangenehm ist, ist es nicht etwas lächerlich einen inneren Feind anzuzeigen, wo es in Wahrheit sich nur um eine Gruppe handelt, deren politische Tage schon längst gezählt sind?

Die große Mehrheit der Menschen in der Friedensbewegung verurteilt wohl deshalb Rudolf Bahros Äußerungen zur DKP, und auch, weil sie der Überzeugung sind, daß damit die Grenzen dessen überschritten wurden, was solidarische Auseinandersetzung erlaubt. Ein bestimmtes Maß an Solidarität wird von allen und gegenüber allen Gruppen gefordert, die in der Friedensbewegung aktiv sind. Von der DKP ebenso, die sich sehr häufig unfair verhält, wie von den Grünen.

Und sie reagiert entsprechend dort, wo es gelingt mit Kraft der Argumentation die Unzahl der DKP-Organisationen abzudrängen: Mit überwältigender Mehrheit, die mit den Stimmen der "Frauen für den Frieden", der Russel-Initiativen, der autonomen Friedensinitiative der ESG, katholischen Hochschulgemeinden, der BBU, der Bundeskonferenz entwicklungspolitischer Gruppen, der AL-Berlin, der Grünen usw. wurde vor wenigen Tagen, - gegen die Stimmen der SDAJ etc. beschlossen, einen hochrangigen Vertreter der DDR-Friedensbewegung-

zumindest an einem der Foren, vielleicht aber auch an der Schlußkundgebung in Bonn- als offiziellen Gast der FB einzuladen.

Gelingt es, Pfarrer Eppelmann, jenen Blues-Pfarrer aus Ost-Berlin, dem Freund Robert Havemanns und Mitautor des "Berliner Appells" nach Bonn zu holen, dann wäre dies ein gewaltiger Erfolg für die Ziele der deutschen Friedensbewegung, der Friedensbewegung überhaupt. Auch eine Bestätigung dessen, was im Entwurf zu einer "Charta für ein atomwaffenfreies Europa" konzipiert von Rudolf Bahro und Michalea von Freyhold steht: " Die Initiative muß jetzt von Kräften ergriffen werden, die in keiner Weise der Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes der Dinge verpflichtet sind, die sich weder institutionell noch psychisch verwickelt finden". Es wäre schließlich ein Schlag gegen jene Kräfte, für die Friedenspolitik noch immer Personalpolitik ist: Gegen Reagan - für Breschnew.

Hamburg, 8. 5. 82
Christof Reinprecht



Otto Dix, Aus dem Zyklus: Der Krieg, Radierung 1924

Am Beispiel der Falkland-Inseln

wird uns in geradezu klassischer Form vorexerziert, wie kriegerische Konflikte entstehen und über ihren unmittelbaren Anlaß hinaus sich zu einer neuen Krisendimension von Weltmaßstab auswachsen können: sie verselbständigen sich, erlangen eine eigene Dynamik und können schließlich von keiner der Konfrontationsseiten kontrolliert werden. Viele Kriege sind aus nichtigen Anlässen entstanden, wobei der Auftakt meist läppisch war und nur als Vorwand gedient hat. Selbst für einen Weltkrieg läßt es sich anführen: für den Ersten. Auch die Bündiskonstellationen verlaufen dann nach einer völlig anderen, "höheren" Logik als zu "normalen" Zeiten: Moral, ideologische Grundsätze Staatsdoktrinen treten hinter das "größere" gemeinsame Interesse zurück, das einmal "nationale Ehre", dann "antikolonialistischer Kampf der Völker" oder einfach "Nord-Süd-Gegensatz", Zugehörigkeit zu den reichen Ländern oder zu den Habenichtsen heißt.

Faschistische Militärdiktatur in Bedrängnis

Am 30. d. J. wurde in Buenos Aires eine von den illegalen Gewerkschaften organisierte Demonstration von 10.000 Personen durch Polizei und Militär auf die gewohnte brutale Art zerschlagen. Diese erste massive Manifestation der Opposition seit Jahren signalisiert in aller Deutlichkeit, wie tief die herrschende Militärjunta in Bedrängnis geraten war. 131 % Inflationsrate, Rückgang des Sozialprodukts um 6,5 % allein 1981, ein Arbeitslosenheer von 2 Millionen im 28 Millionen Volk der Argentinier, totale Verschuldung des Landes (34 Milliarden Dollar!) im Ausland sind genug Beweise für die Unfähigkeit dieser Militärs, die zwischen 1976 und 1979 15.000 Menschen spurlos verschwinden ließen. Die Chronik der Folterungen übertrifft alles bis dahin in Lateinamerika Praktizierte an ausgeklügelter Grausamkeit. Die stumme Prozession von Müttern und Großmüttern jeden Donnerstag vor dem Präsidentenpalais erinnerte die Welt an den "schmutzigen Krieg" dieser Offiziere gegen ihr eigenes Volk.

Zwei Tage später, am 2. April, gab es einen Szenenwechsel, den sich nicht einmal ein Schmierenskomödiant dritter Klasse hätte einfallen lassen können: ein geschlossen jubelndes tanzendes Volk von Argentinern; Loyalitätserklärungen aller verbotenen oppositionellen Parteien von rechts bis links, ja selbst der mit der Junta tödlich verfeindeten Stadtguerilla Montoneros; Kuba, Vorkämpfer der revolutionären Befreiung der lateinamerikanischen Massen und Erzfeind der faschistischen Diktaturen, besetzt wieder den seit zwei Jahren aus Protest vakant gehaltenen Posten seines Botschafters in Argentinens Hauptstadt Buenos Aires. Selbst Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel erklärt seine prinzipielle Übereinstimmung mit der Politik der faschistischen Militärs in diesem einen Punkt, welcher diesen wundersamen Einigungsprozeß schlagartig bewirkt hat: die militärische Besetzung der Malvinen oder Falkland-Inseln im südlichen Pazifik.



Die Tageszeitung

"Der Nationalismus ist die Kinderkrankheit der Menschheit,

er ist wie Masern" pflegte Einstein zu sagen. Daß er aber nicht nur jüngere Nationen wie Argentinien zu befallen pflegt, zeigte die Volksreaktion in England auf diese "nationale Schmach und Beleidigung der Krone". Auch hier sehen die Dinge gar nicht rosig aus, hat die Wirtschaftspolitik der "eisernen Lady" der englischen Bourgeoisie die Massenarbeitslo-

sigkeit verschärft, das soziale Klima unerträglich belastet, ihr Kabinett immer wieder an den Rand des Regierungssturzes gebracht. Wie ein Geschenk des Himmels kam daher die unvorsichtige, nur die internen Auswirkungen ins Kalkül ziehende militärische Invasion britischen Hoheitsgebietes, durch Argentinien, 12 Tausend Seemeilen vom Mutterland entfernt. Immerhin: der Sicherheitsrat der UNO reagierte schnell und diesmal einstimmig. Argentinien wurde (bei Stimmenthaltung von China, der SU und Spanien) eindeutig verurteilt und zum Abzug seiner Truppen aufgefordert. Dabei geht es auch in den UNO Gremien gar nicht um die Frage nach den endgültigen Hoheitsrechten über eine unwirtliche Inselgruppe. Argentiniens Anspruch ist ja anerkannt und durch England nicht in Frage gestellt. Es geht lediglich um die Frage, was geschieht, wenn das argentinische Beispiel Schule macht, und die ganzen ungelösten Gebiets-



ansprüche, die nicht nur aus der Kolonialzeit stammen, von den einzelnen Nationen der Erde auf "argentinische" Weise gelöst werden. England war damit aus dem Schneider. Auch die zehn Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft reagierten geschlossen und beschlossen, gemeinsame wirtschaftliche Boykottmaßnahmen, die Argentinien schneller und viel härter treffen könnten als die inzwischen ausgelaufene englische Flotte.

USA: ein "Vermittler" zwischen allen Stühlen

Reagen erntet jetzt die ersten sauren Früchte seiner Politik gegenüber den lateinamerikanischen Diktaturen, die er für toleranter hält als Kuba oder Nicaragua (denn in diesen Ländern sei "Freiheit" und "Demokratie" für immer verloren). Eher früher als später mußte die Reagen-Administration in diesem für sie höchst peinlichen Konflikt Farbe bekennen. Sie hält nun mit ihrer Parteinahme für die englische Seite endgültig den Schwarzen Peter in der Hand. Dann wird

der Anti-Yankeeismus in Lateinamerika sich noch vertiefen und das Verhältnis zwischen dem Norden und dem Süden weltweit insgesamt noch komplizierter werden.

Wenn Pokerspieler aufeinander schießen..

Wie aus Bluffen, "Reizen" und Einsätze erhöhen ernst wird, haben wir gesehen. Jetzt bleibt noch die vage Hoffnung, daß der Konflikt nicht bis zum bitteren Ende ausgetragen wird. Und da kann man sich wiederum nur fassungslos an den Kopf greifen, wenn man das Verhalten der "Kriegsparteien" verfolgt, aber auch, wenn man die Konsequenzen ins Kalkül zieht, die bereits eine begrenzte, konventionelle, bewaffnete Konfrontation, mit den Mitteln der modernen Kriegstechnik ausgetragen, nach sich zieht. Die Begleitumstände der Versenkung der beiden Zerstörer zeigt auf argentinischer Seite die ganze menschliche Tragik, die schrecklichen Einzelheiten des Massentodes auf eisiger See; - auf englischer Seite die geradezu klägliche Verwundbarkeit höchstentwickelter Kriegsgewehrs mit einem Aufwand von Materialkosten und menschlichem Einsatz, dessen Verhältnis von 1 zu 1000 im konkreten Fall verblüffend ist!

Was regt sich in der Weltöffentlichkeit?

Kritik am Stärkeren, der auch klüger sein sollte? Sorge um den innerwestlichen Konflikt, der auch geschäftsstörend ist? Das moralische Gewissen vor den Folgekosten, seitdem geschossen und gestorben wird? Das wäre erfreulich, wenn nicht auf der anderen Seite fast abgestumpft gleichgültig seit zwei Jahren ein anderer, nicht minder absurder, klassisch konventioneller Krieg woanders ohne Protest und Empörung zur Kenntnis genommen würde: der iranisch-irakische Golf-Krieg. Der dortige Anlaß erinnert übrigens frappierend an die "Ursachen" des Falkland-Konfliktes. Die vom Schah seinerzeit zugestandene Räumung des Shat-el-rab wurde von den Mullahs hintertrieben, die gleichzeitig das Regime Sadam Husseins ideologisch-religiös herausforderten. Dieser starke Mann des Irak brauchte noch dazu auch dringend ein Ventil nach außen und hat sich - scheint - dabei ebenfalls total verrechnet. Nun steht oder fällt auch seine Herrschaft mit dem Ausgang des Krieges. Wer zählt dort die Toten auf beiden Seiten, wer führt Buch über die Kriegskosten auf beiden Seiten?

Aber da wurde der Konflikt eben "begrenzt" auf zwei Länder der Dritten Welt, wurde dadurch vom Rest der Welt "akzeptiert". Anders die Dimension des Falkland-Konfliktes:

Ein Krieg der Dritten Welt gegen die zweite

unter Beteiligung der beiden Supermächte (Erste Welt): es ist heute nicht mehr ausgeschlossen. In diese Richtung deutet die langsame Annäherung der sowjetischen Positionen an jene Argentiniens. Die SU bezieht große Mengen von Getreide aus Argentinien und sie könnte in diesem Konflikt als "natürlicher Verbündeter" der Länder der Dritten Welt auch gar nicht neutral bleiben, ohne noch mehr in Verdacht zu geraten, immer nur dort engagiert zu sein, wo ihr die reifen Früchte einfach in den Schoß fallen.

Für einen historischen Kompromiß im Weltmaßstab !

Das Krisenszenario rund um den Falkland-Konflikt ist überaus alarmierend, weil es den Kulminationspunkt einer Reihe von aktuellen andauernden Konflikten bildet, auf deren Hintergrund die allgemeine Krise der kapitalistischen Länder und der drohende Zusammenbruch des (Bündnis-und)politischen Systems des "realen Sozialismus" immer grellere Konturen annehmen.

"Frieden in der Heimat, Frieden in der Welt" (Atatürk)

Würde man dieses geflügelte Wort des Gründers der türkischen Republik auf die heutige Türkei beziehen, müßte es anders lauten: Krieg in der Heimat, Krieg in der Welt. In dieser Umkehr der Programmatik des Kemal Pascha klingt an, welche Politik heute in der Türkei und mit der Türkei gemacht wird.

Der Beitrag des Landes zur Nicht-Sicherheit und des Friedens in der Welt ist nicht zu unterschätzen. Im Inneren begegnen derweil die Generäle die sich am 12. Sept. 1980 an die Macht geputscht haben, mit eisener Faust der tiefen sozialen Krise des Landes, und eine brutal zerschlagene, am Boden liegende Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sowie ungezählte tagtägliche Fußtritte für die Menschenrechte kennzeichnen die Situation.

Die Luntten brennen gleich an Dutzend Stellen des Globus. Es zeigt sich wieder einmal - wie vor dem 1. Weltkrieg, wie vor dem 2. Weltkrieg? -, daß es lange, viel zu lange dauert, bis allgemein begriffen wird, wohin die Dinge treiben - bis es dann zu spät ist und die Dinge selbstständig ihren Lauf nehmen. Alptraum, science fiction, krankhafte Phantasie? Wie der Konflikt auch immer ausgeht - als Tragödie oder als Farce -: er wird im Nord-Süd-Gefälle, in den komplizierten Beziehungen zwischen den Entwicklungsländern und der entwickelten Industriestaaten tiefe Spuren hinterlassen. Und er wird leider auch in den militärischen Eierköpfen neue teuflische Argumente ausbrüten lassen für die Wiederankurbelung der konventionellen Rüstungsindustrien.

Dieser Konflikt könnte auch - bestenfalls - endlich den Anstoß dazu geben, daß sich die Vertreter der Blocksysteme auf der einen Seite, und die Sprecher der Länder der Dritten Welt auf der anderen zu einer umfassenden Regelung in Ost und West, in Nord und Süd zusammensetzen, um sich etwas völlig Neues einfallen zu lassen, bevor der ganze Planet mit i h n e n a l l e n ohne Ausnahme in die Luft fliegt.

Zsolt Patka

Dieser Artikel ist eine Erweiterung und Aktualisierung eines Beitrages für die Redaktion der Entwicklungspolitischen Nachrichten des ÖIE)

Die strategische Bedeutung der Türkei als Süd-Ost-Flanke des westlichen Verteidigungsbündnisses hat seit dem Fall des Iran und dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan enorm zugenommen. Der "Wächter am Bosphorus" ist heute wie ein Reh Rücken gespickt mit NATO- und US-Stützpunkten und garniert mit zahlreichen amerikanischen Militärberatern. Die türkischen Streitkräfte haben kein Recht auf Kontrolle dieser Militär-Einrichtungen.

Für die NATO ist die Türkei die Basis, von der aus man im Falle einer akuten Krise schnellmöglichst direkt zu den Ölregionen am Persischen Golf starten will. Die türkische Tageszeitung "Milliyet" verkündete zwei Monate nach dem Putsch, daß Militärfachleute aus den

USA die Türkei als ideales Gebiet ansehen um sämtliche Nachschubdepots für dort anzulegen. Die ganz und gar nach US-Vorbild strukturierte türkische 5000.000-Mann-Armee wird sich jederzeit nahtlos in jedes militärische Vorhaben der NATO einfügen lassen - und dazu ist sie auch da.

"Krieg in der Heimat" im wörtlichen Sinne gibt es in der Türkei gegen die Kurden. Als nationale Minderheit, da heute ca. ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmacht, wurden sie schon von Atatürk verfolgt. Der strikt nationalistisch gesinnte "Vater der Türken" wollte den Frieden in der Heimat um den Preis der Verleugnung der nationalen Gegensätze in der Gesellschaft der Türkei verwirklichen. Seit jener Zeit werden die Kurden als Bergtürken bezeichnet und offiziell existieren sie nicht.

Die Unterdrückung der Kurden zieht sich durch die ganze Geschichte der türkischen Republik: Vor dem Putsch von 1980 verhängte der regierende Sozialdemokrat Ecevit das Kriegsrecht bevorzugt über die kurdischen Provinzen, und auch unter Ecevit gab es Massaker an Kurden. Seit die Generäle regieren, hat sich die Lage der kurdischen Bevölkerung weiter verschlechtert. Überfälle von Militär- und Polizei auf kurdische Dörfer, Folter und grausame Blutbäder sind an der Tagesordnung. Vor dem Militärgericht in Diyarbakir, der heimlichen Hauptstadt Kurdistans, werden in Massenprozessen ungezählte Kurden wegen "Seperatismus" angeklagt und abgeurteilt. Der Widerstand gegen diese brutale Assimilationspolitik ist jedoch bis heute nicht erloschen.

Der Militärputsch von 1980 war im wesentlichen eine von langer Hand geplante Reaktion auf zwei Entwicklungen: Als die faschistische "Nationale Bewegungspartei" Mitte der 70er Jahre erstmals als gleichberechtigter Partner an den Regierungsgeschäften beteiligt war, gelang es ihr, ihre Terrorkommandos de facto zu legalisieren, in dem diese vor allem in die Polizei eingeschleust wurden. Gegen den dadurch entstehenden Terror aus dem Staatsapparat selbst heraus entwickelte sich ein für die verschiedenen Regierungen immer bedrohlicher werdender Widerstand in der Bevölkerung. Diesem wurde mit dem Putsch der Garaus gemacht. Der zweite Hintergrund ist die tiefe ökonomische

Krise der Türkei, die hauptsächlich in der schrankenlosen Öffnung des Landes für Auslandskapital und in seiner Stellung als Land der "Dritten Welt" inh. der kapitalistischen Weltökonomie begründet liegt. Anfang 1980 verschärfte sich die Krise erneut durch den Beginn einer strikt monetaristischen Wirtschaftspolitik nach dem Diktat des Internationalen Währungsfonds. Als daraufhin die Streiks zunahmen und außer Kontrolle zu geraten drohten, mußte man leider - im Dienste der heiligen Kuh Monetarismus - auf die Demokratie verzichten.

Die herausragende Rolle des Militärs für die innere Entwicklung der Türkei besteht nicht erst seit dem Militärputsch, und sie beschränkt sich auch nicht auf die Zerschlagung der Demokratie. Die aufgeblähte Militärmaschinerie hat längst zur Ausbildung von gewichtigen und eigenständigen militärischen Wirtschaftszweigen geführt. Der sogenannte "Unterstützungsfond" OYAK, eine Art Kapitalgesellschaft von Offizieren, besitzt eigene Industriebetriebe und ist der zweitgrößte Konzern des Landes.

Der Rolle als Waffenträger der NATO verdankt die Türkei eine spezifische militärische Infrastruktur, die mit den Interessen der Bevölkerung nichts zu tun hat. Der Anteil der Rüstungsausgaben am türkischen Bruttosozialprodukt war 1976 andertmal so hoch wie im NATO-Durchschnitt und jährlich entfällt rund ein Drittel der Staatsausgaben auf Armee und Polizei. Dieses Gewicht des militärischen Komplexes schlägt sich überall nieder. In den Mittel- und Oberschulen z.B. wird das Fach "Zivilverteidigung und Militärunterricht" gelehrt. Offiziere drillen die Jugendlichen auf stramme Haltung und militärischen Gruß und vermitteln allgemein-militärische Grundkenntnisse.

Der "Wächter am Bosphorus" wacht heute weder nach außen noch nach innen in irgendeiner Form über den Frieden. USA und NATO benützen sein Territorium als Sprungbrett nach dem Nahen Osten.

Um den Widerstand der Bevölkerung gegen die gewaltigen Fußabdrücke, die die "Schutzmächte" dabei hinterlassen, brauchen diese sich nicht weiter zu scheren: die hauseigenen Generäle sorgen schon für Ruhe und Ordnung im Land. Wie lange noch?

Susanne Springstein, alternative
Türkeihilfe

NAHOST :

Der nächste Krieg kommt bestimmt

Nach der Rückgabe der Sinai -Halbinsel an Ägypten hat sich das Schwerkraft des israelisch-arabischen Konfliktes nach Nordosten verlagert. Im Camp-David Abkommen zwischen Israel zwischen Israel und Ägypten waren sowohl bilaterale Vereinbarungen als auch Verträge betreffend die Palästinenser in der Westbank und Gaza geschlossen worden. Während Ägypten darin einen Weg sah die Sinai-Halbinsel zurückzubekommen und für die Palästinenser Voraussetzungen staatlicher Unabhängigkeit zu schaffen(und damit wieder in die arabische Welt aufgenommen zu werden) war für die israelische Regierung klar, daß sie sich mit der Rückgabe des Sinai eine kontinuierliche Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten verschaffen würde. Israel nützte und nützt die (vorübergehende) Neutralisierung Ägyptens, um in diesen Gebieten vollendete Tatsachen (v.a.Siedlungen) zu schaffen und sowohl gegen die PLO im Libanon als auch gegen Syrien vorzugehen, die von einer zersplitterten arabischen Welt keine Unterstützung erwarten können. Unter diesen Umständen bemühen sich Arafat und Assad den Israelis keine Vorwände für eine Intervention zu liefern und auch von den USA eine Zurückhaltung ihres zionistischen Schützlings zu erwirken. Israel wird jedoch auf diese Signale kaum positiv reagieren können, weil es strukturell einfach keine andere Strategie (gleich welche Regierung im Amt ist) hervorbringen kann. Arabische Friedensbereitschaft, sei es die Anerkennung der UNO-Resolution 242, seien es die Vorschläge von gemäßigten PLO-Politikern, sei es der Vertrag mit Ägypten oder der saudi-arabische FAHD-Plan hat bisher keine Änderung in der Haltung Israels zu den Palästinenser gebracht. Im Gegenteil: Die Likud-Regierung steuert auf eine "radikale Lösung" des Palästins-Problems zu die vorerst darin besteht die politische Führung der Palästinenser innerhalb und außerhalb des Landes auszuschalten. Dazu versucht "Verteidigungs"minister Ariel Scharon folgende Strategie:

- 1.) Durchsetzung einer Autonomie ,die sich auf eine munizipale Selbstverwaltung reduziert und den Palästinensern in den besetzten Gebieten keine Verfügung über den Boden und alles was daraus folgt ermöglicht.
- 2.) Angriffe gegen die Palästinenser im Südlibanon(bis Beirut) um ihre militärische Potenz zu brechen.
- 3.) Schwächung der syrischen Armee(30.000 Mann im Libanon) und damit des Assad-Regimes.
- 4.) Druck auf eine "jordanische Lösung" auf Kosten des Königs Hussein, um die palästinensische Frage in Jordanien zu "lösen".

In den besetzten Gebieten handelt es sich um einen regelrechten Krieg gegen die Bevölkerung und ihre authentische Vertretung, ein Vorgehen, das als Kampf gegen die PLO rationalisiert wird. Durch den Aufbau einer bezahlten Quisling-Führung versucht man willige Instrumente der zionistischen Kolonisation heranzuzüchten. Ein Unternehmen, das bisher gescheitert ist. Bisher wurden in den besetzten Gebieten 160 jüdische Siedlungen errichtet. Es wird offen von Annexion dieser Gebiete gesprochen. Ein Vorgang, der auf den Golan-Höhen schon stattgefunden hat und mit Gewalt gegen die einheimische Bevölkerung durchgesetzt werden mußte. Das Vorgehen des Staates war so brutal, daß es selbst von einem ehemaligen Mitglied des Obersten Gerichtshofes Chaim Cohen als "barbarisch" gekennzeichnet wurde. Die Bevölkerung der Westbank und Gazas ist jedoch viel zahlreicher (1,3 Mio.): um ihren Widerstand zu brechen, wird es nötig sein, noch "barbarischer" vorzugehen. Ideologisch wird dieses Vorgehen auch schon vorbereitet. Man spricht von einer Wiederholung der Ereignisse von 1948 als hunderttausende Palästinenser flüchteten oder vertrieben wurden. Für ein Mitglied des Parlamentsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Yuval Ne'eman, von der rechtsradikalen Partei Hatechija, steht fest, daß man 1973 den Gazastreifen von seinen palästinensischen Bewohnern hätte säubern sollen (450 000 Menschen!) (Ha'aretz 18.6.1981). Zur ideologischen Vorbereitung gehört auch, daß nach "biblischen" Argumenten gesucht wird, um eine potentielle Vertreibung zu

rechtfertigen. Dies sind keine isolierten Phänomene, keine religiöse Instanz hat sich bisher gegen solche rassistische "Anregungen" ausgesprochen. Umfragen unter Jugendlichen haben ergeben, daß sie in der Vertreibung die "einfachste Lösung" sehen.

Darüberhinaus will sich Israel die Zerstörung auch der zivilen palästinensischen Institutionen im Libanon vornehmen und dort ein falangistisch-maronitisches Regime installieren. König Hussein soll gestürzt werden, um in Jordanien einen palästinensischen Staat zu errichten wohin offensichtlich die Palästinenser unter israelischer Herrschaft "transferiert" werden sollen.

Um all dies durchzuführen braucht Israel Unterstützung, die es sich durch die Rolle einer sub-imperialistischen regionalen Großmacht anzueignen gedenkt. Sharon: "Die Sphäre des militärischen Interesses Israels geht in den 80-er Jahren über die arabische Welt hinaus und wird Länder wie die Türkei, Iran, Pakistan und auch Nord- und Zentralafrika einschließen" (Yedioth Aharonot, 18.12.81) Für diese gigantomanischen Pläne gibt es kaum politische, subjektive Schranken im israelischen Staat selbst. Es gibt objektive Schranken der ökonomischen Leistungsfähigkeit und der Parallelisierung mit den Interessen der imperialistischen Supermacht; der militärischen Kapazität arabischer Staaten (und der PLO)

sowie deren Protektoren. Innere Opposition von Seiten der palästinensischen Bevölkerung aber auch von wenigen tapferen israelischen Juden steht vor gewaltigen Aufgaben. Es geht letzten Endes darum eine Strategie gegen die Politik der Unterdrückung, Diskriminierung und Vertreibung - für eine gemeinsame Perspektive von Juden und Arabern zu entwickeln und entsprechend dieser Perspektive Politik zu machen. Denn die Alternative ist schrecklich: Krieg und Blutvergießen auf beiden Seiten - und das nicht nur im Nahem Osten.

Es besteht die Möglichkeit von hier aus eine Initiative in diesem Sinn zu unterstützen. Seit Anfang des Jahres haben sich rund 300 Israelis zusammengefunden, um wöchentlich in der hebräischen Tageszeitung Ha'aretz eine bezahlte Anzeige unterzubringen, die sich gegen Rassismus und nationale Unterdrückung wendet. Dieses Unternehmen ist bewußtseinsmäßig sehr wichtig und - sehr teuer. Es wurde hier ein Konto eingerichtet, das Spenden für die Inseratenkampagne empfangen soll, die unter dem Motto "Befreites Gebiet" läuft.

Z 695 017 707 Kennwort "Befreites Gebiet"

akin

**Aktuelle Informationen
herausgegeben von der
Bewegung für Sozialismus (föj)**

Wöchentliches Mitteilungs- und Diskussionsblatt, Termin- und Veranstaltungskalender, Informationen und Selbstdarstellungen von Arbeitskreisen und Initiativen, Berichte aus dem in- und ausländischen Widerstand.

Herausgegeben von der Bewegung für Sozialismus (föj)

Gerade im rechten Augenblick ist das neue Heft von "ZUM BEISPIEL" der Länderreihe des Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik (ÖIE) fertig geworden. Um ein Ergebnis aus dem Inhalt gleich vorwegzunehmen: die Militarisierung der 3. Welt nimmt zu und auch deren Unterentwicklung. Die Aufrüstung in der 3. Welt muß in Abhängigkeit zur verschärften Konfrontation zwischen Ost und West- und innerhalb der hoch-industrialisierten Staaten gesehen werden.

Dieses Heft von "ZUM BEISPIEL" ist ein Beitrag zur Aktion "Entwicklung statt Rüstung" des ÖIE.

In der Mitte des Heftes befindet sich eine besonders gut in der Diskussion verwendbare Farbbeilage: BOMBENGESCHÄFTE - wie Rüstung Entwicklung verhindert, 20 Schautafeln zur Rüstungsproblematik.

Zu beziehen über ÖIE, 1010 Wien, Tuchlauben 8/6, Tel. 63 37 550

72 Seiten und 24 Beilageblätter, Preis S 48.--



Noch zu erwähnen ist der BAUKASTEN-ENTWICKLUNG STATT RÜSTUNG

Eine prall gefüllte Schachtel mit Methoden zur Gruppenarbeit. Spiele, Anregungen für eine Ausstellung zum Selbermachen, Arbeitsblätter für Gruppenabende und Seminare, Materialien, Plakate, Pickerl, Lieder... Vorschläge für Aktionen u.a.m.

Dieses wichtige didaktische Hilfsmittel kann für öS 165.--ebenfalls bei ÖIE 1., Tuchlauben 8/6 bestellt werden.



Verkaufts mei Gwand, i foa in Himmö

Haben wir also anscheinend doch eine unsterbliche Seele! Im Pentagon und im Kreml läßt man, möchte man sagen, nichts unversucht, uns den Glauben an die posthume Wanderung der Märchenseele finden zu lassen. Wozu rechnet man sonst und mit dem größten Ernst in overkill-Kapazitäten? Was soll denn noch vernichtet werden, wenn, wie man dem bei uns seinen Schrecken fremdartig verbergenden Wort entnimmt, ohnehin schon alles in die denk-

barst leblose Wüste verwandelt worden ist.

Möglicherweise hat das die höchste Katastrophenplanung, die apokalyptische Kumpanei der Weltmächte, die Dramaturgen des sich selbst so nennenden Rüstungszenario glatt übersehen. Denn es geht das Programm in vollem Umfang in Szene, dann haben sie vielleicht zwar in den tollsten Bunkern der Welt gerade noch Zeit anzu-

sehen, aber kaum mehr, sich ausführlich über die Aufführung zu unterhalten.

Vielleicht bringt man daher auch versuchsweise nur einen Akt. Das würde sicher kaum jemand wundern, obwohl heute nur die Scharfmacher und die Schwarzseher und andere nicht mehr verschwindende Minderheiten diese Bedrohung laut aussprechen. Während mit berechtigter Nervosität über die zweifelhafte Unmöglichkeit einer atomaren Explosion in Europa diskutiert wird, ist durch die Hintertür längst die Gefahr eingezogen, ein Krisengebiet in der Dritten Welt könnte das Ziel für den nächsten atomaren Treffer sein. Mit einer einzigen Atomexplosion hätten die Vereinigten Staaten das Ziel erreicht, den vietnamesischen Dschungel samt Bevölkerung ausreichend zu vernichten, was ihnen mit dem Einsatz des Giftstoffs "Agent Orange" nur begrenzt gelungen ist. Und an Ratschlägen zu diesem Schritt hat es nicht gefehlt.

Von der Zertrümmerung von Landschaften im Riesenausmaß ist es wohl kein großer Schritt mehr zur Zerstörung von ganzen Gesellschaften. Das atomar gesplattene Mururoa-Atoll, die Entvölkerung pazifischer Inseln, die Vergiftung der Gewässer sind Vorstufen, Übungen für den Umgang mit dem Zündbefehl im Ernstfall. Mehr denn je scheint die Verwendung von Atomwaffen in der Dritten Welt eine letzte Folge des Zynismus des hochindustrialisierten Militarismus.

Exerzierfeld von Waffennarren aller Art ist die Dritte Welt ja schon lange. Ein nicht nur für die Großmächte willkommenes Absatzgebiet. Bei dem hochentwickelten, marktwirtschaftlichen Bewußtsein, das in Österreich herrscht, konnte einer der besten Märkte der Welt, der Rüstungsbasar, wie man ihn malerisch nennt, nicht gut übersehen bleiben. Worauf das kleine Land einen so beachtlichen Beitrag zur Aufrüstung in der Dritten Welt leistete, daß man in den westlichen Regierungen bestimme über suspekten Freundschaften des österreichischen Kanzlers hinwegsehen kann.

Offenbar ein besonderer Beitrag zur Behebung des sogenannten Nord-Süd-Gefälles. Im Rahmen der Weltrüstung zwar nur eine Kleinigkeit, die dank der Bereitschaft der vor allem lateinamerikanischen und asiatischen Handelspartner, Kriege gegen die heimische Bevölkerung zu führen, aber wieder an Bedeutung gewinnt.

Was sind dagegen für raschen Veraltern anfällige Interkontinentalraketen, deren Silos sich zwar mitunter schon öffnen, wenn vorerst auch nur aus einem elektronischen Irrtum heraus. Qualitätswaffen aus Österreich führen keine bescheidene Verhandlungstischexistenz. Sie stehen mit beiden Beinen im Leben und sind wohl auch als Mittel, den Hunger in der Dritten Welt zu bekämpfen, zu verstehen. Zwar stirbt heute alle zwei Sekunden ein



Mensch an Hunger, aber diese beschämende Frequenz wird bestimmt mit militärischen Mitteln, bei der gegenwärtigen Lage der Dinge, gesenkt werden. Kaum jemand in der Dritten Welt kann hierzu behaupten, daß nichts für ihn getan worden sei. Freilich war man bisher noch zu zaghaft im Umgang mit den militärischen Mitteln, die angeblich für alle vorgesehen sind.

Aber die neuen Technologien, die phänomenale Fortentwicklung der Waffe mit der sauberen Energie, die sich mit dem esoterischen Hauch umgibt, die Welt in wenigen Sekunden einfach verdampfen zu lassen, werden die Hemmschwelle, sie einzusetzen, wahrscheinlich weiter senken; sodaß zunächst einmal die Hungernden in der Dritten Welt ihre drei Tonnen konventionellen Sprengstoffs abbekommen werden, die auch für jeden einzelnen von uns von den "Denkern des Weltfriedens" zu seiner Herstellung bereitgehalten werden.

Manfred Pichler



Wir haben in dieser Nummer keine Beiträge über die Entwicklung des Widerstandes des polnischen Volkes gegen die Militärregierung. Es fehlen auch Beiträge zu der Lage in Afghanistan, ebenso wie zu El Salvador. Das bedeutet nicht, daß wir diese Themen für unbedeutend in der Friedensdiskussion halten.

Es ist für uns selbstverständlich, daß wir uns mit der Friedensbewegung in Osteuropa solidarisieren und ihren Kampf als wesentlichen Beitrag für die weltweite Friedensbewegung betrachten!

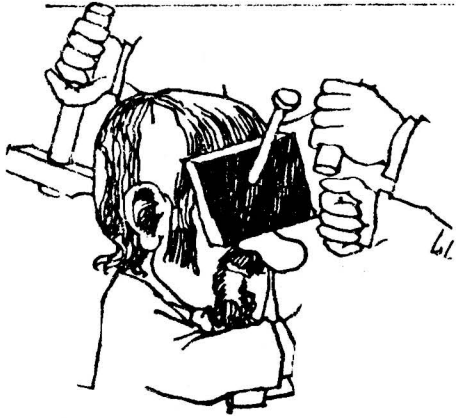
VERBOTEN wurden in der DDR Abzeichen mit der Aufschrift "Schwerver zu Pflugscharen"

Wir zeigen das offizielle Friedensabzeichen, das DDR-Jugendliche tragen dürfen.



nuch

aus: "hallo"



ARKADIJ AWERTSCHENKO:

DER GESUNDE MENSCHENVERSTAND



In das Kriegsministerium eines Landes, dessen Name uns gleichgültig sein kann, kam eines Tages ein Herr von verschlagenem Aussehen und verlangte: "Führen Sie mich vor jemand, der etwas versteht. Ich will ihm eine wichtige Mitteilung machen."

"Von was versteht?" fragte man ihn.

"Von der Luftschiffahrt. Ich habe eine Erfindung gemacht, die ich verkaufen will, eine Erfindung, die eine Umwälzung der gesamten Kriegstechnik bedeutet. Wer dieses mein Geheimnis kauft, wird fortan das Übergewicht über den Gegner haben. Von nun an entscheidet meine Erfindung über Niederlage und Sieg."

Hierob waren natürlich alle höchst erfreut und führten den Erfinder unverzüglich vor einen alten, würdigen General.

Der General bot dem Erfinder den größten Klubsessel an und fragte dann zuvorkommend: "Worin, mein Verehrtester, besteht nun also, wenn ich fragen darf, Ihre Erfindung?"

"Ich habe den Typ eines Luftkreuzers konstruiert, der sich eine Woche in der Luft hält, ein Bataillon Soldaten aufnimmt und jedem Unwetter trotzt. Vielleicht möchten Sie diesen Luftkreuzer kaufen?"

Er zog ein umfangreiches Paket aus der Tasche und breitete seine Pläne und Zeichnungen aus.

"Ja...", sagte der General, nachdem er die Zeichnungen geprüft hatte, "Stimmt. Für wieviel würden Sie diese Erfindung verkaufen?"

"Für eine Million."

"Bravo!" sagte der General. "Da haben Sie eine Anweisung auf die Staatskasse. Eine Million. Vielen Dank. Und wenn Sie mal wieder etwas haben, so kommen Sie nur, bitte, herauf!"

"Ich habe schon jetzt etwas", sagte der Fremde. "Etwas in der Tat Staunenswertes."

"Nämlich-?"

"Ich habe eine Kanone konstruiert, die Ihren Luftkreuzer in wenigen Augenblicken vernichtet, und zwar so gründlich, daß er wie ein Mehlsack zur Erde plumpst. Der Kreuzer ist völlig machtlos gegen diese Waffe."

"Na, aber hören Sie mal!" sagte der General

und runzelte die Brauen. "Das kommt mir denn doch etwas spanisch vor. Schämen Sie sich denn gar nicht? Zuerst erfinden Sie einen wirklich brauchbaren Luftkreuzer, und dann schießen Sie ihn mit Ihrer eigenen Kanone in Trümmer...?!"

"Ich weiß nicht, was da zu schämen ist", sagte der Besucher unbeirrt. "Sie werden doch zugeben, daß die Kriegstechnik sich unentwegt vervollkommnet und daß niemand auf dem einmal beschrittenen Wege stehenbleiben darf, will er nicht ins Hintertreffen geraten und im Ernstfall unterliegen. Mein Luftkreuzer ist in der Tat eine furchtbare Waffe. Es liegt also auf der Hand, eine Abwehr gegen ihn zu ersinnen.."

"Hm...Na ja schon. Wenn ein anderer diese Kanone konstruiert hätte und sie uns anböte. Aber so ... wo Sie selber...?"

"Als wenn das nicht völlig gleich wäre! Nun sagen Sie mir, bitte, mal: was ändert es an der Sache, wenn ich jetzt die Tür hinter mir zumache, mir den Schnurrbart wegrasiere, einen anderen Rock anziehe, zur derselben Tür hereinkomme und Sie begrüße, als hätte ich Sie nie gesehen? Wenn es Ihnen Spaß macht, will ich Ihnen übrigens den Gefallen gern tun."

Der General sah ein, daß er eine Dummheit gesagt hatte.

"Also gut", sagte er zögernd. "Es bleibt uns nichts weiter übrig, als Ihre Kanone zu kaufen, wenn wir nicht wollen, daß Sie sie an andre verkaufen, wieviel?"

"Eine Million."

Der General schrieb die Anweisung aus, klopfte dem Erfinder auf die Schulter und sagte wohlwollend:

"Sie sind aber tatsächlich ein tüchtiger Kerl!" Eine solche Kanone zu konstruieren.

"Na, so schlimm ist es nicht... Für alles auf der Welt ist schließlich ein Kraut gewachsen... "

Was würden Sie dazu sagen, wenn ich Ihnen ein kleines Geheimnis anvertraue: ich habe zum Schutz des Luftkreuzers gegen die Kanone eine Panzerhülle erfunden -eine so starke Panzerung, daß die Kanone sie nicht einmal

zu schrammen vermag..."

Der General griff sich an den Kopf.

"Ja, wollen Sie mich denn völlig verrückt machen...?! So zu handeln wie Sie, -ist gemein - ist ehrlos..."

Der Fremde runzelte die Stirn. "Habe ich Sie etwa übervorteilt oder hinters Licht geführt?!"

"Sie hätten mir die Panzerhülle gleich anbieten sollen."

"Erlauben Sie mal!" sagte der Erfinder überlegen. "Die Kriegskunst - und die Kriegstechnik ganz besonders - muß sich, will sie gesund sein, organisch entwickeln. Solche Sprünge, wie Sie meinen, gibt es da nicht."

Der General gab sich einen Ruck und sagte:

"Wieviel?"

"Eine Million."

"Eine halbe."

"Fällt mir gar nicht ein", sagte der Besucher. "Ich bekomme von andern sogar zwei dafür."

"Ja, ja..." seufzte der General. "Sie Nimmersatt...! Nun, meinetwegen... Da nehmen Sie Ihre Million! In Gottes Namen! Ruinieren Sie uns."

Der Erfinder legte die Anweisung zu den anderen, drückte dem General die Hand und machte einen Schritt zur Tür.

"Hören Sie!" hielt ihn der General zurück.

"Einen Augenblick noch! Sie sind also Ihrer Sache völlig sicher? Ich meine: daß die Panzerung jedem Geschützfeuer standhält?"

Der Fremde lächelte.

"Selbstverständlich. Jedenfalls, solange nicht neue Geschosse von besonderer Durchschlagskraft erfunden werden."

"Das heißt, solche Geschosse könnten erfunden werden?!"

"Sie ... sind bereits erfunden."

"Von wem... ?"

"Von mir."

"Ach so... Nun werden Sie also diese neuen Geschosse anbieten. Und wenn wir diese Geschosse gekauft haben, so werden Sie uns mitteilen, daß Sie noch eine Panzerung vorrätig haben - eine Panzerung gegen Ihre eigenen Geschosse?"

"Ja natürlich!"

"Und wenn Sie uns wieder eine Million abgeklopft haben, werden Sie wieder ein Geschöß und wieder eine Panzerung erfinden, nicht wahr?"

"Zweifellos."

Der General fuchtelte wie besessen mit den Händen, riß sich ein Büschel Haare aus und schrie: "Sie plündern uns aus. Sie saugen unser Blut. Sie ruinieren unser Land. Wer sind Sie denn? Nennen Sie wenigstens Ihren Namen, damit wir ihn verfluchen können!"

Der Fremde war aufgesprungen. "Meinen Namen werde ich Ihnen nicht nennen; wenn Sie aber ein bißchen mehr Verstand hätten, so würden Sie einsehen, daß ich die Logik in Person bin - der gesunde Menschenverstand.

Um Ihren Verstand dagegen ist es schwach bestellt, sonst würden Sie begreifen, daß es gleichgültig ist, ob Ihr Land sich mit dem Wettrüsten in zehn Jahren oder in zehn Minuten ruiniert. Der menschliche Genius hat zu Ihnen gesprochen, und Sie - Sie Einfaltspinsel, setzen ihn vor die Tür. Habe die Ehre... "

Mit diesen Worten warf der Fremde die Tür hinter sich zu und verließ das Kriegsministerium eines Landes, dessen Name uns schließlich gleichgültig sein kann.....



Ein Film über Frauen in der US-Armee; vor allem aber ein Film über militärische Grundausbildung, über Macht- und Befehlsstrukturen, über die Deformierung von Individuen zu „funktionierenden“ Bestandteilen einer Militärmaschinerie. Ein Film gegen die Erziehung zum Krieg.

Inhalt

Viele Frauen sind Farbige, alle versprechen sich von der Armee eine Chance, „etwas zu werden“, einen festen Beruf, dem Hinterhof des sozialen Elends zu entfliehen. Doch der Preis, den die Armee dafür fordert, ist grausam: trainiert wird bedingungslose Unterwerfung, Abstumpfung, Töten.

Der Vietnam-Krieg ist für die Chargen der US-Armee kein verlorener Krieg. Ein Ausbilder: „Ich scheiß' drauf, was ihr über Vietnam gehört habt. Wir haben nicht verloren; die Politiker vielleicht, wir hätten Vietnam verdammt jederzeit nehmen können. Es war ein Wirtschaftskrieg, geführt für Standard Oil, ITT, Marbelle, und nicht für die Vereinigten Staaten. Aber der nächste wird wieder wie gehabt: für die alte rot-weiß-blaue Fahne.“

Der Unterricht der Ausbilder ist erschreckend und lächerlich zugleich. Ein Sergeant: „Heute morgen erzähle ich euch, was ihr tun müßt, um euch vor atomaren, biologischen und chemischen Waffen zu schützen ... Am meisten interessieren uns die Waffen, die die Sowjetunion gegen uns benutzen kann, aber auch die Folgen unserer Atomwaffen, d.h. der eigenen Seite, der freundlichen Nutzung ...“

Was ist, wenn ihr radioaktiven Staub auf dem Körper habt? Was heißt das, müßt ihr dann sterben? Werdet ihr ein Monster? Natürlich nicht! Was macht ihr? Runter damit, wegwaschen, wegbürsten, am besten wäre eine Dusche. Ist aber auf dem Schlachtfeld nicht immer möglich. Nehmt die Feldflasche oder bürstet ihn ab.“

Rekrut: „Hilft es, ein Taschentuch vor Mund und Nase zu halten bei radioaktivem Niederschlag?“

Sergeant: „Bei dickem Staub natürlich!“

Rekrut: „Als wir Japan bombardierten, hatten nur wir die Intelligenz, sie einzusetzen. Heute hat sie jeder Hans und Franz ... Ich meine, alles was da ist, geht dann sowieso kaputt. Ich möchte nicht gern sterben.“

Sergeant: „Du siehst das ganz falsch. Ein Atomkrieg kann sich ausweiten, aber nicht automatisch. Nur weil eine Atomwaffe oder taktische Atomwaffe losgeht, werfen nicht gleich alle ihre Atomwaffen. Die Verantwortlichen werden ja nicht ganz dumm sein und es verhindern, bevor es dazu kommt.“

Die Dummheit und Menschenverachtung, mit der über den Atomkrieg und das gefährliche Gerede der US-Administration von einem „begrenzten“ Einsatz taktischer Atomwaffen nachgebetet wird, ist aber keineswegs eine besonders drastische Entgleisung einiger Ausbilder.

Brutalität und Zynismus in der Behandlung von Menschen ist das Grundprinzip der ganzen Ausbildung:

Ausbildner zu einer Rekrutin, die gewagt hat, aufzubegehren und zum Rapport befohlen wurde: „Du schändest die Uniform, die du anhast, Rekrut. Du verdienst nicht, sie zu tragen auf deinem miesen kleinen Körper.“

Sergeant Abing: „All die Männer, die darin gestorben sind; und du hast die Dreistigkeit, sie anzuziehen. Du bist schlaff, eine trübe Tasse, das macht mich ganz krank. Denkst, du kannst uns hier einschüchtern ... Du bist kein Mensch seit deinem 13. Lebensjahr. Du gehörst nicht mehr zu menschlichen Rasse, man kann dich nur verachten.“

Ausbildner: „Du verdienst nicht, in den Vereinigten Staaten zu leben. Vielleicht findest du einmal einen Mann, der dich dein Leben lang aushält.“

Sergeant Abing: „Tu' mir einen Gefallen, krieg bloß keine Kinder. Es gibt sowas wie Vererbung, und der Gedanke tut mir weh, jemand könnte wie du sein ... Morgen bring' ich dich rüber zum 12. Stock. Da laß' ich dich mit Mitteln vollpumpen.“

Ausbildnerin: „Die geben dir was Feines, daß du rumrennst wie eine Verrückte. Wir schicken dich zu Psychiatern. Du bist ja total bescheuert, Alves. Wenn du frei rumläufst, bringst du noch jemanden um. Wir schützen dich nur vor dir selbst.“

Das Verhalten der Ausbilder gegenüber den Frauen im Beisein der Kamera ist oft an der Grenze des Erträglichen. Das Gefügigmachen des Individuums zum Gehorsam gegenüber der Ideologie des Krieges und des Tötens funktioniert nur durch Brechen der Persönlichkeit. Hierin sehen die Ausbilder ihre Aufgabe – zum Schutz und „Wohl“ der Rekruten, weil sie nur so die Fähigkeit erlangen, die Grauen des Krieges durchzustehen und vielleicht sogar zu überleben.

Die Ausbilder wissen, wovon sie sprechen – sie sind Vietnamveteranen. Sergeant Abing, den wir den ganzen Film hindurch als den brutalsten und gefühllosesten Schinder unter den Vorgesetzten kennengelernt haben, erklärt am Ende des Films, was der Krieg, die Armee, aus ihm gemacht hat: „Ein großer Teil vom Menschsein, deine Seele – zum Teufel, was man dafür hält – ist einfach weg. Du merkst das nicht, wenn's passiert. Aber viel später fehlt's dir plötzlich. Wer sehnt sich nicht nach Liebe? Jeder, jeder braucht das. Ich kann's niemand mehr geben. Ich hab's einfach nicht mehr. Die Armee ist alles, was ich habe. Ich kann's einfach nicht mehr. Es fehlt so viel – oh, mein Gott, so viel ...“

Die Filmemacher über die Entstehung des Films

Jeder, der diesen Film gesehen hat, fragt sich, wie es für die beiden Filmemacher möglich war, die Dreherlaubnis für diesen Film zu bekommen, vor allem aber, wie sich die Ausbilder vor der Kamera derart brutal und abgestumpft verhalten konnten.

Dazu Nick Brommfield: „Die Dreherlaubnis für Fort Gordon haben wir erst vom Pentagon bekommen und dann auch vom General in Fort Gordon und von den einzelnen Offizieren, die wir gefilmt haben.“

Sie Ausbilder – ich denke, ihr sprecht von ihrer Rohheit – sie alle waren ziemlich lange in Vietnam und haben sich da an die Vorstellung von Krieg gewöhnt. Und dann finden sie sich plötzlich wieder als Ausbilder von Frauen ... Sie sind daher sauer, auch auf die Werbeoffiziere, die den Mädchen nicht die Wahrheit darüber sagen, was sie in der Armee erwartet. Und den Mädchen gegenüber fühlten sie, glaube ich, eine echte Verpflichtung, daß sie schwierige Situationen nicht durchstehen würden, wenn sie sie nicht richtig ausbilden, ihnen nicht beibringen, sich der Disziplin in der Armee zu unterwerfen. Ich meine daher, daß das nicht einfach nur ‚Rohheit‘ ist.

Außerdem hat jede in sich geschlossene Gemeinschaft, wie die Armee, eigene Verhaltensformen, die man außerhalb einfach widerlich und unakzeptabel findet, die aber innerhalb als fast normales Verhalten angesehen und akzeptiert werden. Als wir zuerst dorthin kamen ... da waren wir auch entsetzt. Als wir dann drei Monate dort gewesen sind, war es merkwürdig, wie alles das fast zu einem Teil der Sprache dieses Ortes geworden war ...“

Frage: „Zeigt der Film eine Ausnahmesituation, weil es eine Rekrutenausbildung ist, oder läßt sich das verallgemeinern?“

Nick Brommfield: „Die Grundausbildung, die wir in Fort Gordon gefilmt haben, war bei einer Kompanie, die sehr angesehen ist, die Sergeants wurden uns von dem Oberst dieses Bataillons extra empfohlen. Die Grundausbildung dort ist typisch für die Ausbildung der amerikanischen Armee.“

VERANSTALTUNG im CLUB LINKS
Wien 2., Odeongasse 1/Ecke
Große Mohrengasse
am FREITAG, den 28. Mai 1982
um 19.30 Uhr
Film: SOLDIER GIRLS
anschließend vorbereitende
Diskussion für die Groß-
Friedensveranstaltung
6. - 9. August 82 in Wien